



Nr. 7

16. Februar 2023

Inhalt

Öffentlicher Dienst von Bund und Kommunen

[Einkommensrunde: Weitere Warnstreiks und Protestaktionen fortgesetzt](#)

Flüchtlingsgipfel

[Silberbach fordert „dauerhaft tragfähige Lösungen für Flucht und Migration“](#)

dbb jugend

[Fachkräftestrategie für einen modernen Staat](#)

dbb senioren

[Zukunft des Ehrenamtes aktiv mitgestalten](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Kitas: Gesundheit von Kindern und Fachkräften schützen](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Öffentlicher Dienst von Bund und Kommunen Einkommensrunde: Weitere Warnstreiks und Protestaktionen fortgesetzt

In den vergangenen Tagen haben Beschäftigte verschiedener Bereiche des öffentlichen Dienstes weitere Warnstreiks und Protestaktionen durchgeführt, um ihre Forderung nach einer deutlichen Einkommenserhöhung zu unterstreichen.

Am Morgen des 16. Februar 2023 nahmen 500 Beschäftigte überwiegend aus dem kommunalen Dienst an einem Protestmarsch durch Nürnberg teil, der mit einer Demonstration vor dem Rathaus endete. Am Vormittag zog zudem eine Demo mit 450 Teilnehmenden durch Ansbach. Volker Geyer, der dbb Tarifchef, war bei beiden Aktionen vor Ort und übte deutliche Kritik an der Arbeitgeberseite: „Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sorgen jeden Tag rund um die Uhr dafür, dass dieses Land funktioniert – trotz aller Krisen der vergangenen Jahre. Statt echter Wertschätzung gibt es von der Bundesinnenministerin Nancy Faeser und der Präsidentin der kommunalen Arbeitgeber Karin Welge bisher aber nur ein paar warme Worte. Dabei ist unsere Forderung nach 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro höheren Einkommen bereits seit Oktober bekannt. Diese Blockade der Verhandlungen muss ein Ende haben.“

Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb Jugend, wies bei den Kundgebungen auf die schwierige Nachwuchsgewinnung hin: „Der Fachkräftemangel ist schon heute überall spürbar. Und es wird noch dramatischer, denn der demografische Wandel ist eine Tatsache und der Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um die besten Köpfe immer schärfer. Dabei fehlen dem Staat schon heute 360.000 Beschäftigte. In dieser Situation sollten Frau Faeser und Frau Welge den jungen Menschen ein Signal der Wertschätzung senden – statt sie mit ihrer Blockadehaltung einmal mehr vor den Kopf zu stoßen.“

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes aus dem Gesundheitswesen und dem Kitabereich hatten bereits am 15. Februar 2023 in München ihre Forderung nach höheren Einkommen auf die Straße getragen. Im Bezirkskrankenhaus in München-Haar beteiligten sich über 200 Beschäftigte an einem Warnstreik und einer Kundgebung. Zu einer weiteren Protestkundgebung am Münchener Karlsplatz (Stachus) versammelten sich am Nachmittag zahlreiche Beschäftigte aus dem Kitabereich. Geyer informierte hier ebenfalls über den Stand der Tarifverhandlungen und wies auf die Bedeutung einer funktionierenden staatlichen Daseinsfürsorge hin: „Ein starker öffentlicher

Dienst ist unerlässlich, gerade auch für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Elementare Bereiche wie Gesundheit, Sicherheit und Bildung wurden in diesem Land viel zu lang kaputtgespart. Jetzt muss investiert werden, auch und gerade in die Beschäftigten!“

Auch zivile Beschäftigte der Bundeswehrverwaltung haben in Bayern, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Hamburg für höhere Einkommen protestiert und Warnstreiks durchgeführt. Die Aktionen am 15. und 16. Februar 2023 wurden von der dbb Mitgliedsgewerkschaft Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr (VAB) organisiert. Thomas Zeth, stellvertretender Bundesvorsitzender des VAB und Mitglied in der Geschäftsführung der dbb Bundestarifkommission, sagte bei einer Kundgebung vor der Robert-Schumann-Kaserne in Müllheim bei Freiburg: „Wir erfahren täglich am eigenen Leib, wie sich Fachkräftemangel auswirkt. Die Bewerberzahlen für die Zivilberufe bei der Bundeswehr sind um 30 Prozent zurückgegangen. Mehr als 60 Prozent der aktiven Beschäftigten sind über 50 Jahre alt. Das bedeutet Arbeitsverdichtung bis an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit.“ Zeth forderte daher ergänzend eine Verlängerung der Regelung zur Altersteilzeit, die zum Ende des vergangenen Jahres ausgelaufen ist. „Außerdem verdienen Facharbeiter bei der Bundeswehr 600 bis 1.000 Euro weniger als in vergleichbaren Jobs in der freien Wirtschaft. Wir haben generellen Nachholbedarf. Unsere Forderung ist daher mehr als gerechtfertigt.“

Beschäftigte von Zoll und Bundespolizei protestierten am 14. Februar 2023 in Frankfurt am Main. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Rainer Wendt ließ in der Main-Metropole keinen Zweifel daran, dass die Beschäftigten es ernst meinen: „Was die Arbeitgeberseite betreibt, ist grobe Missachtung der Beschäftigten und skandalöser Verhandlungsboykott, das werden wir uns nicht bieten lassen. Wir kommen nicht nach Potsdam, um Kaffee zu trinken oder Plätzchen zu knabbern. Wir wollen Ergebnisse erzielen und zwar möglichst rasch. Alle sprechen vom starken Staat, der die vielen Krisen bewältigen soll, die unser Land gerade lähmen und zurückwerfen, und die öffentlichen Arbeitgeber

verhalten sich, als hätten sie mit alledem nichts zu tun, das ist unverantwortlich. Wer jetzt nicht endlich ein Angebot vorlegt, das verhandelbar ist, muss mit unseren Reaktionen und unserer Kampfbereitschaft rechnen. Und klar ist auch: Der öffentliche Dienst lässt sich nicht spalten, ohne Wenn und Aber muss das Ergebnis auf den Beamtenbereich übertragen werden, und für Bundesbeamte gehört die Rückführung der 41-Stunden-Woche auf den Verhandlungstisch!“

Auch über 100 Beschäftigte der Bundesagentur für Arbeit, der Jobcenter und der Bundesbank protestierten am 14. Februar 2023 vor der Zentrale der Behörde in Saarbrücken. „Die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst bekommen ständig neue Aufgaben von

der Politik übertragen. Bei der BA und in den Jobcentern musste beispielsweise zuletzt im Hauruck-Verfahren die Bürgergeld-Reform gestemmt werden. Aber in das Personal wird viel zu wenig investiert“, kritisierte dbb Landeschef Ewald Linn. „Gleichzeitig steigen die Kosten durch die hohe Inflation für alle Beschäftigten. Mehr Arbeit erledigen, aber dafür weniger Geld in der Tasche? Das passt nicht zusammen. So sieht keine Wertschätzung aus!“

Für die Zeit bis zur zweiten Verhandlungsrunde am 22. und 23. Februar in Potsdam sind weitere Aktionen angekündigt. Alle Informationen dazu sowie Berichte und Bilder von weiteren Aktionen gibt es unter www.dbb.de/ein-kommensrunde.

Flüchtlingsgipfel

Silberbach fordert „dauerhaft tragfähige Lösungen für Flucht und Migration“

Beim Flüchtlingsgipfel von Bund, Ländern und Kommunen müssen endlich dauerhaft tragfähige Lösungen für Flucht und Migration gefunden werden, fordert dbb Chef Ulrich Silberbach.

„Flucht und Migration werden uns in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter beschäftigen. Deswegen müssen beim morgigen Flüchtlingsgipfel von Bund, Ländern und Kommunen endlich dauerhaft tragfähige Lösungen gefunden werden“, forderte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 15. Februar 2023 in Berlin mit Blick auf den Flüchtlingsgipfel, zu dem Bundesinnenministerin Nancy Faeser am morgigen Tag Länder und Kommunen eingeladen hat. „Fragen der Unterkunftsinfrastruktur gehören ebenso wie die Finanzierung und der Umgang mit abgelehnten Asylbewerbern und straffällig gewordenen Menschen aus dem Ausland auf die Tagesordnung, und der Gipfel darf erst dann beendet werden, wenn in jedem dieser Punkte ein für alle Beteiligten gangbarer Weg skizziert ist“, erklärte der dbb Chef.

Silberbach kritisierte den „Verschiebeparkplatz der Verantwortungslosigkeit“ zwischen den Gebietskörperschaften. „Es ist unterirdisch, wie sich die politisch Verantwortlichen bei diesem Thema immer wieder gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben, anstatt gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Der Bund als einzige unmittelbar für die Zahl und die Aufenthaltsdauer von Migrantinnen und Migranten zuständige Instanz muss damit aufhören, die Kommunen, wo die Menschen ja tagtäglich ankomen

men und versorgt werden müssen, immer wieder mit fadenscheinigen Ablenkungsmanövern abzuwimmeln. Das Bundeskanzleramt verweist das Problem ans Bundesinnenministerium, das aber in Finanzierungsfragen überhaupt nicht handlungsfähig ist. Gleichzeitig teilt der Bundesfinanzminister mit, dass es keine stärkere Beteiligung des Bundes für geflüchtetenbedingte Kosten geben wird. Was soll dieses Wegducken? Damit signalisiert die Bundesregierung insbesondere den Beschäftigten in den Kommunalverwaltungen, die ohnehin schon seit Jahren auf dem Zahnfleisch gehen und nach Corona-Krise, Inflationsbewältigung und Energiewende nun auch noch hunderrtausende Menschen mehr managen sollen, dass ihr der tägliche Wahnsinn vor Ort vollkommen egal ist. Was die Kolleginnen und Kollegen davon halten, dürfte deckungsgleich mit dem Unmut der Bürgerinnen und Bürger sein, der von Tag zu Tag wächst“, warnte der dbb Chef. Es brauche jetzt „einen nationalen Kraftakt, eine konzertierte Aktion von Bund, Ländern und Kommunen, um die migrationspolitische Herausforderung ein für alle Mal in kontrollierte, finanziell und infrastrukturell gesicherte Bahnen zu lenken“, so Silberbach.

„Die Politik ist dafür verantwortlich, dass der Staat für die Bewältigung seiner laufenden Aufgaben und aktueller Herausforderungen personell und sachlich adäquat aufgestellt ist. Nur

dann gibt es eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für diesen Staat. Das gilt generell und insbesondere beim Thema Zuwanderung, auf die unsere Volkswirtschaft in Zukunft mehr denn je angewiesen sein wird“, unterstrich der dbb Bundesvorsitzende und ergänzte mit Verweis auf die derzeit laufende Einkommensrunde im öffentlichen Dienst von Bund und

Kommunen: „Aufnahme, Unterbringung und Integration brauchen in erster Linie Personal, deshalb muss hier zwingend investiert werden. Die Bundesinnenministerin sollte als Arbeitgeberin vorangehen und direkt nächste Woche am Verhandlungstisch wichtige Weichen stellen.“

dbb jugend

Fachkräftestrategie für einen modernen Staat

Wer einen modernen Staat will, muss eine Fachkräftestrategie für den öffentlichen Dienst entwickeln und attraktive Beschäftigungsbedingungen schaffen, fordert die dbb jugend.

In Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten machte dbb jugend Chef Matthäus Fandrejewski deutlich, dass der öffentliche Dienst in Sachen Fachkräftegewinnung seine Vorbildfunktion ausfüllen und der Staat als Arbeitgebender mit gutem Beispiel vorangehen müsse.

Gegenüber Natalie Pawlik und Jens Peick von der SPD (beide im Ausschuss Arbeit & Soziales) betonte Fandrejewski, dass die dbb jugend die Fachkräftestrategie der Bundesregierung zwar grundsätzlich begrüße, „uns aber der Fokus auf den öffentlichen Dienst fehlt. Hier sollte unbedingt nachgeschärft werden.“ Fandrejewski forderte zudem mehr Engagement und Flexibilität seitens der Dienst- und Arbeitgebenden bei der Verbesserung von Weiterbildungsmöglichkeiten und der Anerkennung von erweiterten Bildungsabschlüssen im öffentlichen Dienst. „Das hilft nicht nur Quereinsteigern, sondern erhöht auch die Anreize für bereits Beschäftigte, eine Zusatzqualifikation zu erwerben.“ Um mehr junge Menschen für den Staatsdienst zu gewinnen, brauche es neben einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen und entsprechenden Kapazitäten mehr

wirkungsvolle Werbung, erklärte der dbb jugend Chef.

Auch im Austausch mit Konstantin Kuhle, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP, stand die Modernisierung des Staats im Fokus. Gemeinsam wurden Überlegungen zu einer besseren Durchlässigkeit von Laufbahnen angestellt. Einig war man sich darüber, dass sich Zusatzqualifikationen, etwa durch einen Auslandsaufenthalt erworbene Kompetenzen, nicht nachteilig auf die Beförderungschancen der Beamt*innen auswirken dürften, sondern stattdessen sogar schnellere Beförderungen ermöglichen sollten. Generell müsse mehr Flexibilität im öffentlichen Dienst Einzug halten – so sollten der Wechsel zwischen Behörden erleichtert und auch die Vorteile des „Reinschnuppens“ in die freie Wirtschaft erkannt und ermöglicht werden. Mit Blick auf die derzeit noch immer nicht bundesweit hergestellte Amtsangemessenheit der Beamtenalimentation sehen Kuhle und Fandrejewski weiterhin dringenden Handlungsbedarf und wollen hierzu im engen Austausch bleiben.

dbb senioren

Zukunft des Ehrenamtes aktiv mitgestalten

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) unterstützt die Entwicklung der Engagement-Strategie des Bundes zur Stärkung des Ehrenamtes. Für die dbb bundes-seniorenvertretung ist Max Schindlbeck beteiligt.

„Ein Ehrenamt kann gerade nach Ende des aktiven Berufslebens eine erfüllende Aufgabe sein“, weiß Max Schindlbeck, stellvertretender Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung und über Jahrzehnte Mitglied des Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV)

aus eigener Erfahrung. „Ehrenamtliches Engagement ist für unsere Gesellschaft elementar. Wichtig ist aber auch, dass die vielen Engagierten nicht völlig unkoordiniert handeln müssen.“

Am 8. Februar 2023 fand digital eine Sitzung der Fachkommission „Engagement und Partizipation“ der BAGSO statt, an der Schindlbeck teilnahm. Schwerpunktthema war die Initiative der Bundesregierung zur Entwicklung einer Bundesengagementstrategie. Tobias Quednau, Referent der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE), informierte über das Vorhaben und warb um Mitwirkung. „Gerade im ländlichen Raum haben es ehrenamtlich Engagierte manchmal schwer. Großartig, dass hier eine Möglichkeit zur Vernetzung und zum Austausch geschaffen wird“, fasste Max Schindlbeck seinen Eindruck von der Initiative zusammen.

Interessierte, die bereits ein Ehrenamt bekleiden oder sich engagieren möchten, können

sich über die Internetseite <https://www.zukunft-des-engagements.de/> an der Entwicklung einer Strategie für das Ehrenamt beteiligen. Hier gibt es drei Wege, über die man Ideen einbringen kann. Unter der Überschrift „Von Euch. Für Alle.“ kann man Probleme, Anregungen oder Lösungsansätze eintragen. Mit der zweiten Rubrik „Bei Euch. Vor Ort.“ werden Menschen direkt zusammengebracht, um sich über Ideen und Erfahrungen auszutauschen. Die Ergebnisse sollen via Webportal in die Entwicklung der Bundesengagementstrategie einfließen. In der dritten Kategorie „Für Euch. Im Fokus.“ diskutieren Wissenschaftlerinnen und Experten in Fachgesprächen die eingebrachten Themen und Ideen. Die Ergebnisse dieser Debatte werden dann auf der Homepage veröffentlicht.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Kitas: Gesundheit von Kindern und Fachkräften schützen

Der Personalnotstand an Kitas ist vielerorts eklatant. Der VBE Bundesvorsitzende Gerhard Brand hat vor einem Notstand gewarnt.

„9.000 Kitas haben in Deutschland laut DKLK-Studie 2022 in über der Hälfte der Zeit in aufsichtspflichtrelevanter Personalunterdeckung gearbeitet. Das sind mehr als doppelt so viele wie ein Jahr zuvor. Anders gesagt: Diese Einrichtungen hätten eigentlich zeitweise geschlossen werden müssen, da es schlichtweg nicht genügend Erzieherinnen und Erzieher gab, um alle Kinder zumindest sicher zu betreuen. Das ist Teil der Wahrheit, vor dessen Hintergrund aktuelle Kitaschließungen oder die Reduzierung von Betreuungszeiten betrachtet werden müssen. Sie offenbaren einmal mehr das politische Versagen in der Vergangenheit, als Konsequenz sind sie aber jetzt oft notwendig und richtig“, so Brand am 9. Februar 2023.

Maßnahmen, die darauf abzielten, den Betreuungsschlüssel noch weiter auszudehnen, indem etwa Gruppen weiter vergrößert oder zusammgelegt werden, seien keine Alternative, wenn die Aufsichtspflicht gegenüber Kindern gefährdet und die Gesundheit von pädagogischen Fachkräften dadurch aufs Spiel gesetzt werden. Brand: „Wir wissen, dass der Betreuungsschlüssel schon jetzt bundesweit in über zwei Drittel der Kitas die wissenschaftlichen Empfehlungen verfehlt. Das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel, den Betreuungsschlüssel im frühkindlichen Bildungsbereich zu verbessern, wird neben der unmittelbaren Gefährdung so ad absurdum geführt.“

Namen und Nachrichten

Seit bald 20 Jahren arbeitet Stephanie Rau im Jobcenter und hat ihre Berufswahl nie bereut: „Bei uns ist es nie langweilig.“ Die 39-jährige Sachbearbeiterin Leistungsgewährung meint dabei nicht die vielen Reformen in der Sozialgesetzgebung, mit denen die Kolleginnen und Kollegen in der Bundesagentur für Arbeit sich in den vergangenen Jahren herumschlagen mussten, sondern vor allem die riesige Bandbreite an Menschen und Schicksalen, die ihr tagtäglich gegenüberstehen: „Wer es liebt, sich auf viele verschiedene Geschichten einzulassen und mit den Betroffenen nach Lösungen zu suchen, der oder die sollte unbedingt zu uns kommen.“ Klar ist aber auch, dass man nicht alle Erwartungen erfüllen und alle Probleme lösen könne, die Kundinnen und Kunden

mitbringen: „Ich verspreche grundsätzlich nur Dinge, die ich auch halten kann“, betont Stephanie Rau. Die Schicksale, mit denen die Menschen ins Jobcenter kommen, gingen dabei oft unter die Haut, vor allem bei existenziellen familiären oder gesundheitlichen Problemen sowie dramatischen Fluchtgeschichten, erzählt sie im **dbb** Podcast der Moderatorin Steffi Schaller: „Dann gilt es empathisch zu bleiben und gleichzeitig auf der anderen Seite eine Strategie zu entwickeln, damit man die Probleme nicht abends mit nach Hause nimmt.“ Hören kann man „Folge 6: Die Jobcenter-Mitarbeiterin“ vom dbb Podcast „DienstTag“ unter: <https://linktr.ee/dbb.online>.

Termine:

22. - 23. Februar 2023

2. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

28. - 30. März 2023

3. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

24. - 25. April 2023

5. dbb forum Inklusion und Teilhabe

Weitere Informationen unter

<https://www.dbb.de/veranstaltungen/forum-inklusion-und-teilhabe.html>

18.- 19. September 2023

14. Forum Personalvertretungsrecht

Weitere Informationen folgen.
